

Was nicht ins Gewicht fällt

Der einzige Vorteil für das Vereinigte Königreich wäre wohl, dass es bei einem Brexit nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen müsste. 2013 betrug der Nettobetrag Londons an die EU rund 8,64 Milliarden Euro bzw. rund 0,5 Prozent des britischen BIP.

Aber auch der Wegfall der Zahlungen an die EU ändert nichts an den negativen Folgen. Der Brexit wird so oder so der britischen Wirtschaft schaden.

Zittern in der City von London

Als Beispiel führt er den Finanzplatz London an. Mit einem Wertschöpfungsanteil von acht Prozent an der Gesamtwirtschaft kommt der Finanzbranche eine große Bedeutung zu. Alle namhaften US-Banken - sei es Goldman Sachs, JP Morgan, Morgan Stanley oder die Bank of America - haben ihre Europazentralen in London. Noch. „Eine ganze Reihe von Finanzinstituten will raus aus London, wenn es tatsächlich zum Brexit kommt“, sagt Petersen. Der Grund: London wäre von der EU und den dortigen Regeln abgeschnitten, daher zögen es die Banken vor, einen Großteil ihrer Aktivitäten künftig von Kontinentaleuropa aus zu steuern.

Eine aktuelle Umfrage unter britischen und deutschen Unternehmern kommt zu dem Ergebnis, dass 33 Prozent aller befragten Finanzdienstleister ihr Engagement im Vereinigten Königreich reduzieren - oder eben ganz abwandern wollen im Falle eines Brexits. „Der Finanzplatz Frankfurt könnte einer der Gewinner sein“. Britische Zeitungen gehen davon aus, dass allein in der Londoner City bis zu 100.000 Arbeitsplätze wegfallen könnten.

Konsequenzen

Ist ein EU-Mitglied, das bei allen anstehenden Problemen nur die eigenen nationalen Interessen verfolgt, ein Gewinn für eine Staatengemeinschaft? Insbesondere die Differenzen innerhalb der EU bedingt durch die Flüchtlingssituation vertragen keinen weiteren Konflikt mit einem derartig problematischen Mitglied. Ein Land, das mehr außerhalb der EU steht, aber bei wichtigen Entscheidungen seine nationalen Interessen durchsetzen will, schafft unnötige Probleme, die gerade in dieser kritischen Situation verhängnisvoll sind.

Erinnert sei hier nur an die Zugehörigkeit zu den Five Eyes des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA, ferner die Beteiligung am Irakkrieg innerhalb der Koalition der Willigen, wie auch etlichen anderen Kriegsabenteuern der USA und zuletzt auch noch die pingelige Überwachung von Julian Assange.

Nachruf

Was wir uns wünschen ist, dass die Briten sich ein für alle Mal entscheiden: rein oder raus. Der französische Außenminister sagte dazu, ein Europa „à la carte“ könne es nicht geben.

Wie wollen wir Europäer eigentlich gegen die ökonomischen Supermächte der Zukunft wirtschaftlich bestehen? Jeder für sich oder alle für einen? Die Antwort ist doch klar - zusammen gehts. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Auch nicht die britische. -imgo-

Impressum:

Herausgeber: J.Gogoll für Attac-COE
Schlussredaktion, Layout u.VisdP:
Joachim F. Gogoll
Büro: Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen
www.attac-coe.de - Für gezeichnete Texte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

 **attac-coe**

von Siegfried Zeller



Austritt aus der EU

Einige Beispiele für britische Sonderwünsche

Der Britenrabatt, ca 70% zahlt Großbritannien weniger, als nach seiner Leistungsfähigkeit fällig wären. Dieses Privileg wurde 1984 eingeführt. Die als „Eiserne Lady“ bekannte britische Premierministerin hatte damals gedroht, einen EU-Gipfel scheitern zu lassen, falls ihrem Land bei den Beiträgen zum EU-Haushalt keine Ermäßigung gewährt werde. Dieser Gegensatz wurde seit 1984 nur für Großbritannien angewendet, andere Staaten in vergleichbarer Lage kamen nicht in den Genuss dieser Sonderklausel. Eine weitere Zugabe erhält Großbritannien seit 2011. Im Zuge des Budgetstreites wurde beschlossen, dass London 200 Millionen Euro mehr Rabatt als bisher erhält.

Die Finanztransaktionssteuer

Deutschland und Frankreich wollen sie, Großbritannien will sie um jeden Preis verhindern. Die Finanztransaktionssteuer gilt als Königsweg gegen zügellose Spekulationen an den Märkten. Das Vereinigte Königreich hat allerdings schon früh signalisiert, die neue Steuer nicht mit zu tragen. Die Briten befürchten Wettbewerbsnachteile für den Finanzplatz London gegenüber den Konkurrenten in New York und Asien. An erster Stelle steht in Großbritannien immer das nationale Interesse. Und in Bezug auf die EU ist das Interesse rein ökonomisch.

Der Euro

Weil die Briten ihre Souveränität nicht aufgeben wollten, lehnten sie auch den Euro ab. Ein weiterer Grund für die Ablehnung des Euro war die Befürchtung, dass das Finanzzentrum London an Einfluss und Macht verlieren könnte. Als es beispielsweise um die Frage ging, wo die Europäi-

sche Zentralbank ihren Platz finden würde, sei für die Briten klar gewesen: in London. Den Euro wollten sie trotzdem nicht.

Aktuell

Nach zähen Verhandlungen haben sich die Staats- und Regierungschefs auf ein Reformpaket mit Großbritannien verständigt. Laut vorliegendem Kompromisspapier soll die von der britischen Regierung geforderte „Notbremse“, mit der EU-Ausländer von Sozialleistungen ausgeschlossen werden könnten, maximal sieben Jahre gelten. Mit einer solchen Regelung werden andere EU-Mitglieder geradezu ermuntert, ebenfalls Sonderwünsche zu Lasten der Gemeinschaft zu fordern. Ein Faktum, das zu einem beschleunigten Zerfall der Union führen könnte.

Politische Folgen

Mit einem Brexit würde die EU auf einen Schlag 13 Prozent ihrer Einwohner verlieren und 17 Prozent ihrer Wirtschaftskraft. Die EU fürchtet, ohne Großbritannien internationales Gewicht zu verlieren.

Mehr als die Hälfte aller britischen Exporte gehen in die EU-Staaten, was einem Anteil von 15 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die Güter, die Großbritannien einführt, kommen zu mehr als 50 Prozent aus der EU: Zahlen, die deutlich machen, wie eng Großbritannien mit dem Kontinent wirtschaftlich verbunden ist.

Ein Brexit hätte für Großbritannien massive Folgen, da mit dem Austritt die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes (freier Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) für das Land nicht mehr gültig wären. Die Regierung in London müsste also neue Verträge mit der EU aushandeln, um sich zumindest einen Teil der Vorzüge des Binnenmarktes zu sichern.



Drei Szenarien von „sanft“ bis „hart“ laut einer Studie von 2015

Beim „sanften Ausstieg“ erhält Großbritannien einen ähnlichen Status wie die Schweiz und Norwegen, die Handelsabkommen mit der EU haben. Vorteil wäre aus britischer Sicht, dass es keine Zölle gäbe. Allerdings bestünde das Problem der so genannten nicht-tarifären Handelshemmnisse. Dabei handelt es sich beispielsweise um Vorschriften bei der Kennzeichnung von Produkten oder Umweltstandards. Wenn diese Regeln nicht mehr einheitlich sind - eben weil durch einen Brexit dies- und jenseits des Ärmelkanals wieder unterschiedliche Regeln gelten -, entstehen für die Unternehmen zusätzliche Kosten.

Beim zweiten Szenario gibt es kein spezielles Handelsabkommen wie mit Norwegen und der Schweiz. Dies hätte zur Folge: Sowohl britische als auch EU-Unternehmer müssten wieder Zölle zahlen, ihre Waren verteuerten sich.

Beim dritten Szenario verliert Großbritannien alle Privilegien - also auch jene, die sich aus den 38 existierenden Handelsverträgen der EU mit anderen Staaten ergeben. Nachteile - nicht nur bei Exporten.